

Camilla Warnke

Kommunistische Parteiherrschaft und Wissenschaft

Zur gescheiterten Emanzipation des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der Berliner Humboldt-Universität 1956-1958

- Eine Fallstudie -¹

"Wir gehen unablässig von dem Standpunkt aus, dass die marxistische Gesellschaftswissenschaft einen parteilichen Charakter tragen und unlöslich mit dem Kampf der Partei verbunden sein muss." Kurt Hager (auf der 28. ZK-Tagung der SED, Juni 1956).

Das Thema dieser Tagung: das Verhältnis von Philosophie und gesellschaftlicher Praxis, lädt wie kein zweites dazu ein, Erfahrungen aus dem wissenschaftlichen Alltag des real existierenden Sozialismus zu reflektieren. Die berühmte 11. Feuerbachthese, die zweifellos Pate für dieses Thema stand, war einer der in der DDR meist zitierten Sätze von Marx. Er prangte in Marmor gemeißelt unter der Büste des Meisters an der Stirnwand des Foyers der Humboldt-Universität. Und der Bezug auf Platons utopische Vorstellung, dass es gut um den Staat bestellt sei, in dem Philosophen regieren, den Schmied-Kowarzik eingangs seines Vortrags hergestellt hat, war in den Gründerjahren der DDR unter ihren Philosophen sehr beliebt; er war in Vorlesungen so unterschiedlicher Persönlichkeiten wie Kurt Hager und Wolfgang Harich zu hören.

Im Verständnis ihrer Philosophen galt die zu konstituierende sozialistische Gesellschaft nämlich als die endlich realisierbar gewordene Platonsche Utopie, als das künftige Produkt der in die Welt einzubildenden philosophischen Vernunft, die man in Gestalt der marxistischen Theorie zu besitzen glaubte und die ja die Forderung einschließt, die Philosophie aufzuheben, indem sie verwirklicht wird. Mit dieser Aufhebung der Philosophie in der Praxis meinte man auch, den historisch verhängnisvollen

¹ Erstveröffentlicht in: H. Eidam u. W. Schmied-Kowarzik (Hrsg.): Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis. Auseinandersetzungen mit der Marxschen Theorie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Würzburg: Königshausen & Neumann GmbH 1995, S. 233-249

Gegensatz von geistloser Macht und machtlosem Geist, der seit dem Zerfall der klassischen Antike immer wieder thematisiert worden war, überwinden zu können.

Diese Hoffnung ist zerronnen. Nicht etwa deshalb, weil die Aufhebung der Philosophie in der Praxis nicht realisierbar gewesen wäre, sondern gerade deshalb, weil dies geschah. Und die Verwirklichung der Idee ist auch in diesem Falle nicht anders ausgegangen als Platons Experiment. Platon hatte, wie die Überlieferung berichtet, um die Polis auf die Basis von Vernunft und Nomos zu stellen, den Inhaber der politischen Macht im Stadtstaat Syrakus, Dionysios I., zum Instrument dieses Planes zu machen versucht. Das Experiment endete mit Platons Verkauf in die Sklaverei, also mit der Verbannung des Trägers der Vernunft aus der politischen Praxis, dem Ausschluss aus der Gemeinschaft der Staatsbürger.

Auch die marxistischen Intellektuellen der DDR wollten mittels Instrumentalisierung der politischen Macht die Idee einer vernünftig eingerichteten Gesellschaft verwirklicht wissen und reihten sich zu deren Aufbau in die herrschende kommunistische Partei ein. Wie im Falle Platons führte dieses Bündnis zur Kollision des Individuums mit der Macht, diesmal mit dem verselbständigten Apparat der Partei, deren Dionysios in den Gründerjahren der DDR Walter Ulbricht hieß, und zum Ausschluss aus der Gemeinschaft der Partei, dem die Vernichtung der bisherigen sozialen Existenz oft auf dem Fuße folgte. Für die Situation der Philosophie insgesamt aber führte die Liaison mit der politischen Macht zu einer Verkehrung des intendierten Zweck-Mittel-Verhältnisses: Sie degenerierte zur Parteiideologie, d.h. zum Mittel, die politischen Ziele der jeweiligen Parteiführung propagandistisch durchsetzen zu helfen, zur "Magd der Politik", wie in der Philosophenzunft nach der Wende bitter konstatiert wurde.

Nichts scheint einleuchtender als die Forderung der 11. Feuerbachthese, und mit dem Ende des real existierenden Sozialismus ist die Verantwortung der Philosophen für die Gestaltung der Wirklichkeit nicht vom Tisch. Aber, wie der Ausgang der Versuche der Realisierung der vielbeschworenen Einheit von Theorie und Praxis zeigt, nichts scheint schwieriger zu sein, als die Verkehrung ihrer Intentionen ins Gegenteil zu verhindern. Nach solchen Erfahrungen aber kann man nicht umhin, die Praxisbeziehung der Philosophie zu problematisieren.

Der folgende Vortrag ist als Studie zu diesem Thema aus dem Wissenschaftsbetrieb der DDR zu verstehen.

Wohl keines der an Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR gelehrteten Fächer hatte unter Studenten einen so miserablen Ruf wie das sogenannte "Gewi-Grundstudium". Zeit seiner Existenz galt es als Inbegriff dogmatischer Enge, tödlicher Langeweile und Gängelei. Das "gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium" - so der

offizielle Name - war 1951 im Zuge der Neuorganisation des Hochschulwesens als obligatorischer Bestandteil des Studiums eingeführt worden. Gelehrt wurden, gemäß der Leninschen drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus: Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie, Grundlagen der Politischen Ökonomie und Wissenschaftlicher Sozialismus. Die Lehrkräfte für diese Fächer waren in den sogenannten "Instituten für Gesellschaftswissenschaften" organisiert,² deren Leitung einem eigens für sie eingesetzten Prorektor unterstellt war, welcher seinerseits dem Staatssekretariat für Hochschulwesen unterstand; und beide wurden schließlich von der Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED ideologisch angeleitet und kontrolliert. Die Aufgabe des Gewi-Grundstudiums aber sollte die theoretische Vorbereitung der Studenten auf die Praxis der sozialistischen Gesellschaft sein, die im Parteijargon als "Propagierung des Marxismus-Leninismus" bestimmt wurde mit dem Ziel, die Studenten "zur grenzenlosen Ergebenheit gegenüber der Partei der Arbeiterklasse und der SU zu erziehen".³

Dieses Ziel und die über seine Realisierung wachenden Apparate schlossen die Möglichkeit, marxistisches Gedankengut frei zu interpretieren oder gar kritisch zu hinterfragen, ideologisch und administrativ von vornherein aus.

Vor dem 20. Parteitag der KPdSU wurde diese Beschränkung vom Lehrpersonal jedoch kaum als solche empfunden. Wohl deshalb nicht, weil es sich überwiegend aus jungen Leuten rekrutierte, die ihre marxistische Bildung nach 1945 in Lehrgängen an Parteischulen, in Antifa-Kursen in sowjetischer Kriegsgefangenschaft oder am Franz-Mehring-Institut in Leipzig erworben hatten, das meines Wissens seit 1950 Lehrer für Marxismus-Leninismus ausbildete. In diesen Kursen war ihnen die stalinistische Variante des Marxismus vermittelt worden, in der Subordination unter die Beschlüsse der Parteiführung - unabhängig von ihrem Inhalt - als praktische Quintessenz für ein normgerechtes Verhalten von Marxisten galt. Denn - so Havemann zugespitzt und im Anschluss an Kolakowski:

"Das Wort Marxist bezeichnet nicht einen Menschen, der die eine oder andere inhaltlich umrissene Auffassung von der Welt besitzt, sondern einen Menschen mit einer bestimmten Geisteshaltung, die durch die Bereitschaft gekennzeichnet ist, Auffassungen zu akzeptieren, die behördlich bestätigt worden sind. Welchen aktuellen Inhalt der Marxismus besitzt, ist von diesem Gesichtspunkt aus ohne Bedeutung - man wird dadurch zum Marxisten, dass man sich bereit erklärt, von Fall zu Fall den Inhalt zu akzeptieren, den die Behörde präsentiert".⁴

² Seit dem Studienjahr 1959/60 hießen die Institute dann "Institute für Marxismus-Leninismus" und das Fach "marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium". Zur Geschichte des Grundstudiums vgl. die Einleitung zu: „*Hoffnung kann enttäuscht werden*“. Ernst Bloch in Leipzig, dokumentiert und kommentiert von V. Caysa, P. Caysa, K.-D. Eichler u. E. Uhl, Frankfurt a.M. 1992.

³ Arbeitsplan Studienjahr 1953/54 des Instituts für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin (hektographiertes Arbeitsexemplar), S. 1.

⁴ Robert Havemann, Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemen, hg. v. D. Hoffmann u. H. Laitko, Berlin 1990, 193.

Dass die Partei gegen das Individuum "immer immer recht" hat, wie Louis Fürnbergs Liedtext verkündete, war nicht so arg befremdlich für eine Generation, der in der Hitlerjugend Unterordnung, Disziplin und Korpsgeist als selbstverständliche Verhaltensnormen beigebracht worden waren. Und dieses autoritäre Verhaltensmuster blieb zunächst vielfach unberührt beim Übergang zur neuen Weltanschauung. So nimmt es nicht wunder, dass sich die Mitarbeiter des Grundstudiums bis zum 20. Parteitag in der Regel als parteikonforme Propagandisten des Marxismus-Leninismus verhielten, die der Parteiführung kaum Anlass zu ideologischer Schelte gaben. Die Kritik der Studenten am Dogmatismus der Lehre und an ideologischer Gängelei, die seit seiner Einführung das Grundstudium permanent begleitete, aber erschien im Selbstverständnis des Lehrpersonals und der Parteiinstanzen als Bestätigung des eigenen Tuns, nämlich als Ausweis dafür, dass man sich dem ideologischen Kampf gegen die Einflüsse des Klassegegners gestellt hatte.

Der 20. Parteitag der KPdSU hat diese unproblematisierte Einheit von Parteivolk und Parteiführung – hier wie in anderen intelligenzintensiven Betrieben der DDR auch – in die Krise gebracht, und sie zerfiel. Indem die Kritik am Stalinismus den Mythos von der Unfehlbarkeit der Partei als Mythos durchschaubar machte und damit zerstörte, setzte sie die ausstehende Emanzipation der Individuen von ihren autoritären Verhaltensstrukturen in Gang.

Es waren zwei Generationen von Parteiintellektuellen, die dies betraf: die Jungmarxisten, die eigenständige politische Urteilsfähigkeit nun überhaupt erst auszubilden begannen. Und es betraf die Elterngeneration, die ihr Verhältnis zur Partei unter der Bedingung des Widerstands gegen die Naziherrschaft realisiert hatte unter der Bedingung von Illegalität, Haft und Emigration; in all diesen Fällen unter der ihres Ausschlusses aus der angestammten staatlichen Gemeinschaft. Diese Situation hat bei vielen Altkommunisten die Tendenz zu polarisierter, entdifferenzierter Freund-Feind-Ideologie verstärkt, die ihnen nicht gestattete, die stalinistische Barbarei wahrzunehmen, geschweige denn zu thematisieren.⁵

Nach 1945 aber wurde dieses ideologische Schema durch den historischen Umstand perpetuiert, dass der kommunistischen Partei in Gestalt der Ostexulanten um Ulbricht und Pieck im Schlepptau der siegreichen Sowjetunion und von deren Gnaden die politische Macht zufiel.

Obgleich jene kommunistischen Westemigranten, die nach 1945 in die sowjetisch besetzte Zone zurückkehrten, dem stalinistischen Geist der Partei kaum weniger blind und unkritisch folgten, wurden sie von der Parteiführung permanent unter Verdacht

⁵ Zu dieser Situation Stefan Hermlin nach der Wende: "Es blieb uns keine andere Wahl. Zwischen diesem barbarischen Faschismus und dem, was an Schlimmem im Namen des Sozialismus passiert ist, mussten wir unsere Wahl treffen". In: M. Engelhardt, *Deutsche Lebensläufe. Gespräche*, Berlin 1991, 151.

gestellt, in der Emigration bürgerlich unterwandert worden zu sein. Und von den Parteitäuberungen und politischen Prozessen der 50er Jahre war dieser Personenkreis – als potentielle Gegenelite – unverhältnismäßig stark betroffen, auch in dem hier zu schildernden Falle.

Das personelle Szenario des Gewi-Instituts der Humboldt-Universität setzte sich zur Zeit des 20. Parteitages, mit dem die Geschichte beginnt, aus Personen der skizzierten Gruppen zusammen. Es umfasste ca. 70 Mitarbeiter - in der übergroßen Mehrheit Leute der geschilderten Art und Herkunft. Ab Herbst 1956 kamen einige besser ausgebildete Absolventen mit regulärem fünfjährigem Philosophiestudium dazu, die nicht nur ausgewählte Passagen aus den Schriften der Klassiker des Marxismus und nicht nur diese, sondern auch Kant und Hegel gelesen hatten und darauf brannten, ihr Wissen an den Mann zu bringen. Die Institutsleitung befand sich in den Händen der sogenannten "älteren Genossen" – allesamt Mitglieder der kommunistischen Partei vor 1945 und mehrheitlich ehemalige Westexulanten –, deren Anteil jedoch insgesamt nicht mehr als etwa zehn Prozent des Personalbestandes betrug. Der über der Leitung des Grundstudiums thronende Prorektor für Gesellschaftswissenschaften war hingegen ehemaliger Ostexulant und zur Zeit des 20. Parteitags Mitglied des ZK der SED.⁶

Nach dem 20. Parteitag war es um das problemlose Einvernehmen mit der Parteiführung geschehen. Das Lehrpersonal des Grundstudiums fand sich von ihr in die unerträgliche Situation gebracht, von den Studenten mit Chruschtschows Geheimrede

⁶ Zur Illustration dieser personellen Gruppierung hier drei biographische Skizzen. Als typisch für die Gruppe der jungen Nachkriegsmarxisten mag *Erwin Gülzow* (1926-1992) stehen. Vater: Telegraphenarbeiter; 1936 Eintritt ins Jungvolk, 1941 in die Flieger-HJ, Ausbildung als Luftwaffenhelfer; 1944 zur Luftwaffe eingezogen, beim Minenlegen verwundet und Unterschenkel amputiert; französische Kriegsgefangenschaft; 1946-48 Ausbildung zum Neulehrer, arbeitet als Lehrer mit Unterbrechungen bis Anfang der 50er Jahre; tritt 1948 der SED bei, wird auf Lehrgängen der Kreis- und Landesparteienschule marxistisch geschult; 1953 wird er wissenschaftlicher Assistent am Gewi-Grundstudium der Humboldt-Universität und avanciert nach zweijährigem externen Studium der Geschichte am Franz-Mehring-Institut zum Diplomallehrer für Gesellschaftswissenschaften. – Typisch für die Gruppe der Westemigranten und der sogenannten "älteren Genossen" ist die Biographie des damaligen Institutsdirektors *Heinrich Saar*, geb. 1920, Vater: Lehrer; in sozialdemokratischem Elternhaus im humanistischen Sinne erzogen; emigrierte mit seinen Eltern 1934 in die Tschechoslowakei, hier Kontakte mit der kommunistischen Partei; 1938 Emigration nach Paris, 1939 Eintritt in die KVJD und in die tschechische Auslandsarmee; wird mit den Resten dieser Armee nach England evakuiert, dient zeitweise in der englischen Armee; 1941 Eintritt in die KPD; 1945 Rückkehr nach Deutschland in die SBZ; Besuch einer Landesparteienschule, Parteifunktionen im Hochschulwesen; 1948-51 Studium an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät in Leipzig; Dozent an der Hochschule für Planökonomie in Berlin für das Gewi-Grundstudium; mit Unterbrechung Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität von 1953 bis Sommer 1957. – Zu den der Leitung des Grundstudiums angehörenden Westexulanten gehörte auch *Herbert Crüger* (Jg. 1911), dessen Autobiographie vorliegt; vgl. ders., *Verschwiegene Zeiten*, Berlin 1990. – Und schließlich sei die Vita von Robert Naumann (1900-1978) skizziert: ursprünglich Werkzeugmacher und Parteifunktionär; bereits 1920 Übersiedelung in die Sowjetunion, wird Mitglied der KPdSU (B); Studium der Politischen Ökonomie an der deutschen Parteienschule; ab 1926 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für "Rote Professur"; 1930-43 Mitarbeiter im Sekretariat der Komintern; 1943-50 Dozent und stellvertretender Leiter der Antifa-Schulen in der UdSSR; ab 1950 Prorektor für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität; während der Zeit der hier vorgestellten Kampagne, also zwischen 1956 und 1958 auch Mitglied des ZK der SED. Vgl. H. Crüger, *Verschwiegene Zeiten*, 240.

konfrontiert zu sein, aber ihren Text offiziell nicht kennen zu dürfen, denn die Parteiführung hatte ihn ja nicht publiziert und hat das auch in der Folgezeit nicht getan. Wollte man genaueres wissen, musste man sich bei der *Welt* bedienen, die den Text im Juni 1956 publizierte.

Statt sich der Kritik des Stalinismus zu stellen und sich mit den stalinistischen Zügen der eigenen Geschichte und politischen Praxis auseinanderzusetzen, gab das Ulbrichtsche Politbüro die Linie vor, keine Fehlerdiskussion zuzulassen, sondern alle Energien auf die grandiose Perspektive der neuen Wirtschaftsziele der Partei zu richten, auf die Modernisierung, Mechanisierung und Automatisierung der Produktion, was in Reaktion auf den 20. Parteitag auf der 3. Parteikonferenz im März 1956 beschlossen worden war.

Dieser Linie vermochte das Parteivolk nicht zu folgen. Vor allem die Parteintelligenz verstand sie als erbärmliches Ablenkungsmanöver, als schlitzohrige Flucht nach vorn aus der Verantwortung für die eigene Geschichte. In den folgenden Monaten nahm daher der Druck auf die Parteiführung zu, die verdrängten humanistisch-emanzipatorischen Intentionen des Marxismus zu reaktivieren und die diesen gemäßen politischen Formen zu entwickeln. D.h. die geforderte Entstalinisierung zielte darauf, Demokratie und Selbstbestimmung zur funktionalen Basis aller Sphären des gesellschaftlichen Lebens zu machen.

Diese Stimmung herrschte auch im Gewi-Grundstudium. Bei einer Vergatterung der Lehrkräfte im Mai 1956 auf die Linie der 3. Parteikonferenz, bei der Kurt Hager - damals Wissenschaftssekretär des ZK der SED⁷ - "politische Schwankungen" im Grundstudium rügte, forderten Mitarbeiter, statt in sich zu gehen, eine neue Informationspolitik der Partei: so die Herausgabe eines Informationsbulletins, das schnell und umfassend alle wesentlichen Dokumente der internationalen Arbeiterbewegung publizieren sollte.

Seit der Unterschlagung der Chruschtschow-Geheimrede war das Vertrauen des Parteivolkes in die Informationspolitik seiner Führung brüchig geworden. Statt wie früher auf Zuteilung von Informationen zu warten, entstanden vielerorts Beschaffungs- und Austauschsysteme. So auch im Gewi-Grundstudium der Humboldt-Universität. Hier kursierte das Togliatti-Interview zum 20. Parteitag vom Juni 1956, das ein rühriger

⁷ Kurt Hager geb. 1912, Arbeiterkind, Oberrealschule in Stuttgart, 1931 Abitur; 1929 KVJD; journalistische Tätigkeit; mehrere Monate KZ Heuberg; 1937-39 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg; 1941-46 Exil in England; 46 Rückkehr nach Deutschland; seit 1949 Leiter der Abteilung Parteischulung und Parteipropaganda und ab 1952 Leiter der Abt. Wissenschaft und Hochschulen im Parteivorstand bzw. ZK der SED; seit 1949 Ord. Prof. für Philosophie an der Humboldt-Universität; 1950 Kandidat, 1954 Mitglied und ab 1955 Sekretär des ZK der SED, verantwortlich u.a. für Wissenschaft, Volksbildung, Kultur, 1959 Kandidat, seit 1963 Mitglied des Politbüros und Leiter der Ideologischen Kommission beim Politbüro. Vgl. *Wer war wer - DDR*, Berlin 1992, 162.

dienstreisender Kollege aus Westdeutschland eingeschmuggelt hatte, und die Gemüter erhitzen sich an der Frage: ob die Verbrechen der Stalin-Zeit durch die Person Stalins oder das System bedingt waren und welche seiner Konstruktionsfehler für die Entartungen des Sozialismus verantwortlich sind. In maschinenschriftlichen Durchschlägen von Hand zu Hand gingen z.B. auch die Rede Gomulkas vor dem 8. ZK-Plenum im Oktober 1956 mit der faszinierenden Idee der Arbeiterselbstverwaltung und – bei der jugoslawischen Militärmission in Westberlin beschafft – die Rede Titos in Pula zum Ungarn-Aufstand im November 1956.⁸ Aber auch die Medien der DDR boten dem Bedürfnis nach Emanzipation Nahrung. So traf die Wochenzeitung *Sonntag* mit ihrer Attacke auf den Dogmatismus den nervus rerum des Grundstudiums, und für die "Hemmnisse des schöpferischen Marxismus", die Wolfgang Harich hier im April 1956 namhaft machte, mochte man fürderhin nicht mehr geradestehen müssen. Besonders Georg Lukács' Plädoyer für friedliche Koexistenz und Dialog der Ideologien, seine Forderung, mit Sektierertum und Dogmatismus radikal zu brechen, bekräftigte eigene Intentionen.⁹ Die Botschaft dieses Essays, der im Sommer 1956 erschien: dass, je menschlicher wir den Sozialismus in unseren Ländern erbauen, wir umso mehr seinem Sieg im inter-nationalen Maßstab dienen, war jener Geist, in dem der kritische Teil der Lehrkräfte des Grundstudiums das Studienjahr 1956/57 begann.

Das neue Studienjahr brachte dem Lehrpersonal eine angespannte und schwierige Situation. Der Widerwille der Studenten gegen den Parteistil vieler Lehrveranstaltungen schlug in der Atmosphäre des Tauwetters vielerorts und auch in Berlin in die Forderung um, das Grundstudium überhaupt abzuschaffen.

Weder die Leitung des Instituts noch dessen kritische Geister hielten das für sinnvoll. Das Übel, nach dessen Beseitigung die Studenten verlangten, war nach ihrer Diagnose nämlich nicht der Marxismus, sondern seine dogmatisch entstellte stalinistische Lesart und seine Subordination unter die jeweils aktuellen Losungen der Parteipolitik. Wollte man der studentischen Forderung unstalinistisch, d.h. repressionsfrei widerstehen – und die Leitung des Gewi-Instituts der Humboldt-Universität wollte das –, so musste man das wissenschaftliche Niveau der Lehrveranstaltungen erhöhen. Und die-

⁸ Am rührigsten in der Beschaffung dieser Materialien war Erwin Gülzow (Vgl. Fn. 6). Dies war 1958 im politischen Strafrechtsprozeß gegen Saar, Crüger und Gülzow ein für Gülzow strafverschärfendes Delikt.

⁹ Georg Lukács, "Der Kampf des Fortschritts und der Reaktion in der heutigen Kultur", *Aufbau*, XII. Jg. (1956), H. 9, 761-776. - Ein aus heutiger Sicht eher kuriozes Faktum am Rande: Damit seine Dozenten den kritischen Dialog mit dem weltanschaulichen Gegner wissenschaftlich solide führen können, ließ der Direktor des Instituts, Heinrich Saar, von dessen Schreibkräften G.A. Wetters dickleibiges, 1952 erschienenen, gleichfalls von Gülzow aus Westdeutschland eingeschmuggeltes Buch *Der dialektische Materialismus* abschreiben und die Durchschläge an die lesenden Kräfte verteilen. Der Neothomismus war Mitte der 50er Jahre der Lieblingsfeind der DDR-Philosophie.

ses Programm, das unter dem Motto des Kampfes gegen den "Hauptfeind Dogmatismus" stand, verfolgte das Ziel, den Marxismus nicht länger als Parteideologie, sondern als wissenschaftliche Weltanschauung zu lehren, d.h. als Orientierungs- und Erkenntnismittel, damit sich die jungen Adepten der Wissenschaft in der komplexen, widersprüchlichen Realität zurechtfinden und selbständig politisch richtige Entscheidungen zu treffen vermögen. Dabei hatte man zum einen die gesellschaftliche Wirklichkeit im Blick, für deren Erkenntnis man mit einem undogmatisch gehandhabten Marxismus – mit Historischem Materialismus, Politischer Ökonomie und Wissenschaftlichem Sozialismus – den Schlüssel in der Hand zu haben meinte. Zum anderen bemühte man sich – im Anschluss an Engels' Projekt zur Dialektik der Natur – den Naturwissenschaftlern fachverbundene Philosophievorlesungen anzubieten, geeignet, im Zeitalter eines ausdifferenzierten Wissenschaftssystems den bornierenden Folgen der wissenschaftlichen Arbeitsteilung entgegenzuwirken.

Wenngleich dieses Programm mit den wissenschaftlich größtenteils unzulänglich ausgebildeten Leuten nur dilettantisch realisierbar war und man zudem das herkömmliche System des Marxismus-Leninismus unhinterfragt bestehen ließ, war mit ihm ein marxistisches Studium generale intendiert.

An engerer Verbindung der Mitarbeiter des Grundstudiums mit den Fachwissenschaftlern war auch die Parteiführung interessiert. Im Mai 1956 wurde auf höchster Parteiebene beschlossen, die Parteigrundorganisationen der Gewi-Institute aufzulösen und deren Mitglieder an den von ihnen jeweils fachlich betreuten Fakultäten parteimäßig zu organisieren.¹⁰ Dieser Beschluss fand bei den Betroffenen große Zustimmung. Aber für die Parteiführung war der Sinn dieser Bindung primär der, die vor allem an den naturwissenschaftlichen Fakultäten oft recht schwachen Parteiorganisationen zu stärken, um mit ihrer Hilfe die parteipolitische Linie in den Fakultäten besser durchsetzen zu können.¹¹ Und in der Zeit der Ungarn-Ereignisse im Oktober/November 1956 hat sich diese Strategie der Parteiführung dann auch bewährt.

¹⁰ Z.B. sollte der Dozent, der Philosophie an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät las, auch deren Parteigrundorganisation angehören.

¹¹ Die Auflösung der Parteiorganisationen des Grundstudiums geht auf einen Beschluss der Parteiführung vom Mai 1956 zurück. Den von der Partei mit dieser Maßnahme verbundenen Sinn hat Naumann wie folgt charakterisiert: "Die Genossen wurden in die Parteiorganisationen und Institute überführt, in denen sie arbeiten, um eine engere Verbindung der marxistisch-leninistischen Ausbildung unserer Studenten mit den in den betreffenden Fakultäten und Instituten bestehenden Problemen zu erzielen und so zu engerer Verbindung der politischen ideologischen Ausbildung mit dem politischen Leben und den ideologischen Problemen des akademischen Nachwuchses an den einzelnen Fakultäten zu gelangen". Vgl. Robert Naumann, Referat auf der Vollversammlung des Instituts für Gesellschaftswissenschaften vom 23.10.57, ZPA (*Zentrales Parteiarhiv*), IV 2/ 904/ 703/ 81.

Der unterschiedlichen Motive für diese Maßnahme waren sich beide Seiten damals wohl kaum bewusst, sondern jede unterstellte der anderen ihre eigenen Ziele. Unter diesem Aspekt ist die Geschichte des Verhältnisses der Wissenschaftler zur Parteiführung auch eine Geschichte permanenter Missverständnisse gewesen.

Im Frühsommer 1956 wurde der Diskurs zwischen Parteiführung und wissenschaftlicher Parteiiintelligenz wesentlich von der Auseinandersetzung um Dogmatismus und wissenschaftlichen Meinungsstreit bestimmt. In Wirklichkeit waren das zwei Diskurse, zwei verschiedene Kontexte, in denen die Termini nicht dasselbe meinten. Und wenn sich Walter Ulbricht auf dem Höhepunkt der Tauwetterperiode wiederholt zu der Aussage genötigt sah, der Dogmatismus sei das "Haupthindernis" der Entwicklung, so würde die Analyse der einschlägigen Texte zeigen, dass sich das zugehörige Vorstellungsfeld von dem der Wissenschaftler unterschied. "Dogmatisch" war im Parteidiom synonym mit "lebensfremd", und als "lebensfremd" galt ein Denken und Verhalten, das der jeweils "konkreten", sprich, der von der Parteiführung definierten politischen Lage und Zielvorgabe nicht angemessen ist. "Wer an den Beschlüssen der Partei vorbeigeht, hat das Leben nicht verstanden."¹² Mit solcher Bestimmung des Dogmatismus konnte sich Ulbricht – ohne sich selbst untreu zu werden – als Kämpfer gegen ihn aufspielen und den schwarzen Peter an das oft "langweilige" Grundstudium weitergeben, das dogmatisch sei, weil es – statt sich an das von der konkreten Parteipolitik bestimmte Leben zu halten – vom Übel "abstrakter Marxismus-Darstellung", von "Buchstabengelehrtheit" befallen sei.¹³

Gravierend verschieden waren auch die Vorstellungen, die Wissenschaftler und Parteifunktionäre mit dem damals vielbeschworenen "wissenschaftlichen Meinungsstreit" zur "schöpferischen Entwicklung" des Marxismus-Leninismus verbanden. Die für das Parteiverständnis typische Auffassung lässt sich kurz so zusammenfassen: wissenschaftlicher Meinungsstreit zur schöpferischen Entwicklung des Marxismus unter Führung der Partei.¹⁴

¹² Typisch hierfür Robert Naumann: "Parteilichkeit ohne Partei bleibt eine Phrase. Wer an den Beschlüssen der Partei vorbeigeht, hat das Leben nicht verstanden". (Protokoll des Plenums des Instituts für Gesellschaftswissenschaften der Humboldt-Universität vom 04.12.57, ZPA, IV 2/ 904/ 703/ 77.)

¹³ Vgl. diesbez. Walter Ulbricht, "Zur wissenschaftlichen Diskussion an den Universitäten. Aus der Rede auf der Tagung des Parteiaktivs der Humboldt-Universität Berlin", *Neues Deutschland* (21.06.56), 3.

¹⁴ Typisch für die Parteiauffassung des wissenschaftlichen Meinungsstreites sind z. B auch die folgenden Sätze R. Naumanns: Wir brauchen die Entwicklung des Meinungsstreits "so dringend, wie der Mensch die Luft braucht. Wir brauchen ihn, um den Lehrkörper zu überzeugen und für die Verwandlung unserer Universitäten zu gewinnen. Wir brauchen ihn für die politisch- ideologische Erziehung unserer Studenten. [...] Aber wir müssen uns auch darüber klar sein, dass man die Frage des Meinungsstreites nicht abstrakt, sondern konkret behandeln muss. Wir führen doch nicht einen Meinungsstreit überhaupt um des Meinungsstreites willen, sondern um die Festigung der Positionen des Sozialismus und die Stärkung des Kampfes um die Einheit Deutschlands. Wer das nicht versteht oder vergisst, der hat das Wesen des Meinungsstreites nicht verstanden." (Referat auf der Vollversammlung ... vom 23.10.57, 93 f.)

Während Meinungsstreit im Kontext der Wissenschaft Mittel zur Wahrheitsfindung und diese ein Diskurs mit durchaus offenem Ausgang ist, war er im Kopfe des kommunistischen Parteifunktionärs ein Diskurs mit feststehendem Resultat: nämlich mit der Durchsetzung der Parteidoktrin, die in ihrer Wahrheit (exakter: Gültigkeit) vorausgesetzt ist, gegen ideologische Widerstände. Während also im ersten Falle der Streit der Meinungen als *methodos*, als unvermeidlicher Weg zur Erreichung des in seiner Bestimmtheit offenen Zieles gilt, erscheint er im zweiten Falle eher als Umweg, als Instrument der politisch-ideologischen Unterwerfung unter das hinsichtlich seiner Bestimmtheit fixierten Zieles.

Die Verschiedenartigkeit der beiden Diskurse und ihre Beziehung aufeinander wurde als Verhältnis von Wissenschaftlichkeit (resp. Objektivität) und Parteilichkeit thematisiert, und im Hinblick auf seine Bestimmung lassen sich zwei Positionen unterscheiden. Man konnte die Beziehung als *logos*, als Verhältnis zweier gegeneinander relativ autonomer Diskurse verstehen. Diese Auffassung verteidigte damals beispielsweise Georg Klaus gegen die Tendenz, die Objektivität von wissenschaftlichen Theorien zu bestreiten, nur weil sie unter dem Vorzeichen "bürgerlicher Ideologie" entstanden seien, wie das z.B. in den frühen 50er Jahren in der Logik-Debatte und in der Diskussion um die Relativitätstheorie der Fall gewesen war. In Bezug auf die Naturwissenschaften wurde diese Position nach der Pleite mit Lyssenko parteioffiziell auf lange Sicht auch akzeptiert.

Anders lag die Sache bei den sogenannten "Gesellschaftswissenschaften", die das Epitheton "marxistisch-leninistisch" meist schon im Namen trugen. Ihnen ist es Zeit der Existenz der DDR nie vollständig gelungen, die Autonomie des Wissenschaftsdiskurses vom Parteidiskurs durchzusetzen. Die herrschende Beziehung blieb die der Subordination unter die Parteiideologie, denn auch die für die Wissenschaft jeweils verbindliche Marxismus-Interpretation wurde im Parteidiskurs festgelegt, was unmissverständlich in der oben zitierten Redeweise von der schöpferischen Entwicklung des Marxismus unter der Führung der Partei ja auch ausgesprochen ist.

Dass diese Vorstellung in sich widersprüchlich, ja absurd ist, wurde in der Regel nicht wahrgenommen, da der Genosse Wissenschaftler selbst dieser Widerspruch in Personalunion war. Sein Ethos als Wissenschaftler verlangte, den Meinungsstreit nach den Regeln des wissenschaftlichen Diskurses zu führen, sein Verhaltenskodex als Genosse, die ideologische Hegemonie seiner Partei zu akzeptieren. Der Widerspruch wurde meist durch Kompromiss gelöst. Die Forderung nach parteiunabhängiger Entwicklung der Wissenschaft wurde zu der nach ideologisch großzügigerer Handhabung der Führungsrolle herabgemindert, was faktisch jedoch auf den Verzicht auf Autonomie, auf die Subsumtion der Wissenschaft unter die Parteiregie hinauslief.

Dieses Verhaltensmuster der Parteiintelligenz aber sorgte dafür, dass die mit dem 20. Parteitag einsetzende Emanzipation mit Hilfe der eigenen-Zunft erstickt wurde. Die Parteiführung vermochte nämlich ein Potential von Mitstreitern zu mobilisieren, das ein schwach entwickeltes wissenschaftliches Profil und Ethos mit einem stark ausgeprägten parteipolitischen Engagement verband, für das die Subordination der Wissenschaft unter die Parteipolitik selbstverständlich war. Als Repräsentant dieses Typs kann etwa der aus der Bloch-Kampagne unrühmlich bekannte Leipziger Philosoph und Hochschullehrer Rugard Otto Gropp gelten. In unserer Geschichte spielte diesen Part der Prorektor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, ZK-Mitglied und Professor der Ökonomie, Robert Naumann.¹⁵

"Anstatt andere Genossen, die in der Wissenschaft etwas geleistet haben, niveaulos anzugreifen", sollte der Genosse Naumann "endlich einmal nach sechs Jahren in der DDR eine selbständige wissenschaftliche Arbeit vorlegen"¹⁶ - so der Sprachwissenschaftler Wolfgang Steinitz auf der 28. ZK-Tagung im Juli 1956 in treffender Charakteristik dieses Mannes. Und keiner beschwor die Praxisverbindung der Theorie stärker als eben dieser Verhaltenstyp. Aber auch jene Gruppe der Intelligenz mit entwickeltem Wissenschaftsethos, die - wie Steinitz - der Parteiführung damals vorwarf, "einerseits nach wissenschaftlichem Meinungsstreit [zu] rufen, aber gleichzeitig Maßnahmen [zu] ergreifen, die seine elementaren Voraussetzungen verhindern",¹⁷ forderte nicht die Autonomie der Wissenschaft, sondern nur eine bessere Wissenschaftspolitik der Partei, denn auch Steinitz subsumierte die Wissenschaft unter die Ideologie.¹⁸

Diese widersprüchliche Determination ihres Verhaltens aber machte die Parteiintelligenz für Schuldzuweisungen anfällig. Als im Oktober/November der Ungarn-Aufstand ausbrach und die Parteiführung der SED dafür u.a. Lukács und den Petöfi-Kreis haftbar machte, gingen die Parteiintellektuellen in sich, und nicht wenige waren geneigt, sich ihre reformerischen Ideen und parteioppositionellen Umtriebe als Versagen im Klassenkampf anzurechnen. Diese Selbstentwaffnung aber erleichterte es Ulbricht, mit seinem Machtapparat bis zur 35. ZK-Tagung im Februar 1958 schrittweise alle reformerischen und emanzipatorischen Ansätze zu zerschlagen. Die Reform des Grundstudiums gehörte zu ihnen, und ihre gewaltsame Beendigung war nur eine der zahlreichen Aktionen zur Verwirklichung dieses Ziels.

¹⁵ Vgl. Fn. 6.

¹⁶ Vgl. den Diskussionsbeitrag von Prof. Wolfgang Steinitz auf der 28. Tagung des ZK der SED vom 27.07. - 29.07.56 (parteointerner Druck), ZPA, IV / 2/ 1/ 83/ S. 42

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Vgl. ebd., 40

Im Sommer 1956 konnte von ideologischer Selbstentwaffnung jedoch noch keine Rede sein. Man hielt sich im Grundstudium an die der Parteiführung abgenötigten Erklärungen zu Dogmatismus und Meinungsstreit¹⁹ und legte sie im Sinne der eigenen Reformbestrebungen aus. Man fühlte sich durch die Aufforderung Hagers bestärkt: man möge "experimentieren", um die richtigen Formen für die Lehrtätigkeit des Grundstudiums zu finden. Und im Reformklima des Frühjahrs 1956 beschloss die Leitung des Berliner Gewi-Instituts mit Rückhalt im Staatssekretariat für Hochschulwesen (das in der Reformwelle mitschwamm), einen neuen liberalen Leitungsstil einzuführen. Zwar sollte den Lehrveranstaltungen nach wie vor der staatliche, zentral vorgegebene, einheitliche Lehrplan zugrunde liegen, aber dieser konnte seit dem Studienjahr 1956/57 je nach Fakultät und wissenschaftlicher Individualität des Lehrenden modifiziert werden.

So hat damals Dr. Friedrich Herneck, an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät lehrend, statt der im Plan vorgesehenen zwei- eine achtstündige Vorlesung zu den Problemen eines modernen Materiebegriffs gehalten; so plante einer der neu engagierten Philosophie-Absolventen, mit höheren Semestern ein Kant-Seminar zu veranstalten. Und ich selbst, mit frisch erworbenem Philosophie-Diplom in der Tasche, brannte lehrplanwidrig darauf, meine eben aus Marxens *Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten* gewonnenen Einsichten in das Weltgetriebe an die Studenten der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät weiterzugeben.

Konform mit der Orientierung, den Studenten philosophisches und gesellschaftswissenschaftliches Wissen zu vermitteln, statt sie ideologisch zu erziehen, war die Praxis, die bis dahin obligatorischen Prüfungen wahlweise durch Seminarscheine und der Fachdisziplin der Studenten thematisch nahestehende Hausarbeiten zu ersetzen.²⁰ Der Erfolg der Reformansätze aber war unübersehbar. Denn wem es gelang, dem Grundstudium den Charakter eines marxistischen Studium generale zu geben, der konnte des Interesses seiner Studenten gewiss sein.

Die Generation, die 1956 die DDR-Universitäten bevölkerte, war in ihrer Mehrheit nämlich nicht antimarxistisch und antisozialistisch gesinnt. Ihr Protest galt den autoritären stalinistischen Strukturen des Systems, und das auch dort, wo er sich als For-

¹⁹ Auf der Parteiaktivtagung der Humboldt-Universität bezeichnete Ulbricht höchstselbst den Dogmatismus als "Haupthindernis". Er erklärte hier wörtlich: "Wir wünschen, dass an den Universitäten und Hochschulen eine Atmosphäre schöpferischer wissenschaftlicher Aktivität, des wissenschaftlichen Meinungsstreits herrscht. Wir möchten, dass die Studenten zu selbständig denkenden Wissenschaftlern werden." Und gegen das zum Teil "langweilige" Grundstudium empfahl er "die schöpferische Entwicklung der marxistisch-leninistischen Lehre unter Führung der Partei der Arbeiterklasse." (W. Ulbricht, "Zur wissenschaftlichen Diskussion an den Universitäten", 3.)

²⁰ Gegen diese Liberalisierung der Bewertungspraxis machte ein Mitarbeiter des Staatssekretariats für Hochschulwesen auf dem Institutplenium vom 04.12.57 geltend, dass auch die "Prüfungen Instrument des Klassenkampfes an den Universitäten" zu sein hätten. Vgl. Protokoll ... vom 04.12.57, 35.

derung nach Abschaffung des Grundstudiums artikuliert. Die Ziele der damaligen oppositionellen Studentengruppen vermögen darüber Auskunft zu geben; sie waren in aller Regel reformsozialistischer Natur.²¹

Reformsozialistische Ideen und Diskussionen standen auch hinter der Liberalisierungspraxis des Grundstudiums. Ihren Kern hat im Sommer 1956 einer der jungen Dozenten des Instituts in einem Thesenpapier zusammengefasst. Dieses später als "konterrevolutionäre Plattform" denunzierte Papier enthielt u.a. Vorschläge wie die: den Betrieben größere Selbständigkeit zu geben und die Arbeiter nach jugoslawischem Modell über Arbeiterräte an der Leitung der Betriebe zu beteiligen; die Volksarmee durch eine Volksmiliz zu ersetzen; die Verselbständigung des Parteiapparates gegenüber den Mitgliedern und der Partei gegenüber dem Volk aufzuheben; die Opfer des Stalinismus in der DDR zu rehabilitieren und die für sie Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen usw.

Spätestens mit dem Ungarn-Aufstand und seinen Erscheinungen des weißen Terrors kam die reformsozialistische Debatte im Grundstudium ins Stocken. Man befürchtete angesichts von Unruhen an der Veterinärwissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität und anderer Turbulenzen das Übergreifen des Aufstandes auf die DDR, ging in sich und begann zu vergessen, dass es je ein solch ketzerisches Papier gegeben hatte. Die Verhaftung Harichs Ende November 1956, die 30. ZK-Tagung (31.1. - 1.2.57), auf der Ulbricht - unter dem Motto: Nicht der Dogmatismus, sondern der Revisionismus ist die "Hauptgefahr" - den Rundumschlag gegen alle Reformideen führte, die Kampagne gegen Bloch und seine Schüler, gegen die Reformkonzepte in der Ökonomie (Behrens und Benary) taten ein übriges, die quer zur Parteilinie liegenden Diskussionen im Grundstudium zu beenden.

Die skizzierte liberale Handhabung der Lehrtätigkeit blieb von diesem ideologischen Rückzug zunächst mehr oder weniger unberührt, bis sie mit Beginn des Studienjahres 1957/58 zum Stein des Anstoßes wurde. Denn Anfang 1957 war mit der Entscheidung, dass die Einbindung der DDR ins sozialistische Lager "unwiderruflich" sei, gleichzeitig beschlossen worden, die Universitäten und Hochschulen der DDR in sozialistische umzuwandeln. Und hatte die Parteiführung angesichts der offenen Deutschlandfrage geduldet, dass das Grundstudium als marxistisches Studium generale verstanden wurde, so war diese Toleranz jetzt vorbei. Das Grundstudium galt nun neben SED

²¹ Vgl. M. Jänicke, *Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953*, Teil II, Köln 1964, 135: "Nach allem, was über die studentischen Oppositionsgruppen zu erfahren war, vertrat keine von ihnen Zielstellungen, die den Rahmen allgemeinsozialistischer Vorstellungen gesprengt hätten. Es spricht im Gegenteil vieles dafür, dass gerade dieser militanteste Teil der studentischen Opposition von 1956/57 am stärksten durch das polnische bzw. jugoslawische Beispiel und die damals im Ostblock allenthalben auftretenden sozialistischen Erneuerungsbestrebungen bestimmt wurde."

und FDJ als "das dritte wichtige Glied zur Gestaltung des sozialistischen Bewusstseins unserer akademischen Jugend", als das "wichtigste Werkzeug der Partei und Regierung an den Hochschulen und Universitäten, das sozialistische Bewusstsein in die Intelligenz [...] zu tragen."²² Wichtigstes Werkzeug deshalb, weil sich der Student der SED, vielleicht noch der FDJ, nicht aber dem für einen erfolgreichen Abschluss des Studiums obligatorischen Grundstudium entziehen konnte.

Die Demontage war als wohlorganisierte Kampagne angelegt. Ihr spiritus rector, Prorektor Naumann, eröffnete sie im Oktober 1957 vor dem versammelten Institutsvolk mit einem mehrstündigen Referat. Haupttenor war die Kritik an der Leitung des Instituts: Sie habe zu wenig Augenmerk auf die Auswertung der Parteibeschlüsse gelegt, also die Trennung von Wissenschaft und Politik, Wissenschaft und Praxis betrieben. Als Paradefall für diesen Vorwurf diente hier und in der weiteren Kampagne die Lehrtätigkeit des Dozenten Dr. Friedrich Herneck.²³

Der zweite Vorwurf, der - wie der alte Komintern-Mann wohl wusste - für die Betroffenen noch bedrohlicher war, bestand in der minutiösen Aufzählung "politischer Schwankungen" der Institutsleitung nach dem 20. Parteitag und in dem Verdacht: die im kleinen Kreise geführten politischen Gespräche deuteten auf "Elemente eines gruppenmäßigen Zusammenhanges" hin.²⁴

Nimmt man den Fraktionsvorwurf mit dem Umstand zusammen, dass kurz zuvor in Vorbereitung der 33. ZK-Tagung den ZK-Mitgliedern eine umfangreiche und detaillierte "Analyse der Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz"²⁵ zugegangen war, die Naumann kennen musste, und stellt man in Rechnung, dass - entgegen normaler Versammlungspraxis - alle weiteren Institutsplenien in dieser Kampagne nahezu wörtlich protokolliert wurden,²⁶ dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier bewusst und geplant die "Entlarvung" einer weiteren Feindgruppe inszeniert worden ist.

Es ist hier nicht mein Thema, den Verlauf der Kampagne nachzuzeichnen, mit der im einvernehmlichen Zusammenwirken von Partei- und Staatsorganen eine "partei- und staatsfeindliche Gruppe" nach geradezu klassischem Klischee zurechtgezimmert wurde: Die ideologisch aufgeweichten Westemigranten Saar und Crüger haben die jungen Nachwuchsgenossen – im Prozess repräsentiert durch Gülzow – politisch "irregeleitet" und werden von wachsamem Ostexulanten überführt.

²² R. Naumann, Referat auf der Vollversammlung ... am 23.10.57, 117.

²³ Vgl. ebd., 132 f.

²⁴ Ebd., 109.

²⁵ Vgl. "Analyse der Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz", ZPA IV / I / 182.

²⁶ Vgl. Protokoll des Institutsplenums vom 04.12. und vom 11.12.57, ZPA IV / 2 / -904 / 703.

Mit der Verhaftung dieser Personen fand die Kampagne im März 1958 ihren Abschluss, und das im Dezember auf der Basis des (seit Februar 1958 geltenden) Strafrechtsergänzungsgesetzes nach § 13, Abs. 1,24 gefällte Urteil lautete: für Heinrich Saar und Herbert Crüger je acht, für Erwin Gülzow fünf Jahre Zuchthaus wegen "schweren Staatsverrats".²⁷

Flankiert wurde dieser Vorgang durch Stasi-Verhöre der Mitarbeiter, Parteiverfahren und die Entfernung uneinsichtiger Sympathisanten aus dem Institut. Nach diesem Säuberungs- und Disziplinierungsprozess war es nicht wiederzuerkennen. Von den im Vorlesungsverzeichnis 1957/58 namentlich ausgewiesenen 74 Mitarbeitern waren im Studienjahr 1958/59 24 nicht mehr präsent, also ein Drittel ausselektiert. Und auch die Verbliebenen waren durch eine von den Partei- und Staatsorganen seit Oktober 1957 pausenlos in Tätigkeit gehaltene Mühle gegangen, in der sie in wechselseitiger Denunziation demontiert worden waren und sich in Selbstbeschuldigungen kleingemacht hatten. Stolz meldete die Parteileitung der Humboldt-Universität, pünktlich zu Beginn der 3. Hochschulkonferenz der SED (28.2. - 2.3.1958), auf deren Tagesordnung die Entwicklung der Hochschulen zu sozialistischen Universitäten stand: Das Gewi-Institut der Humboldt-Universität könne nunmehr seiner Rolle als „Kampfinstrument“ der Partei gerecht werden.²⁸

Es versteht sich, dass der am Ende der Kampagne stehende Gerichtsprozess die Liberalisierung der Lehrtätigkeit natürlich nicht direkt zum Gegenstand der Anklage machen konnte; im juristischen Kontext trat dieser nur als ideologisch-moralischer Hintergrund für die politische Plattform in Erscheinung. Analysiert man jedoch die gut dokumentierte Kampagne in ihrem Gesamtverlauf, so kehrt sich die Gewichtung um. Ihr Sinn bestand genau darin, die wissenschaftspolitische Konzeption der Parteiführung für das Grundstudium durchzusetzen. Und die sich im Verlaufe der Kampagne bietende Chance, aufgrund bestimmter zutage geförderter Daten eine staatsfeindliche Gruppe à la Harich ausmachen zu können, war für die Parteiinstanzen sozusagen ein zusätzlicher Glücksfall, ein willkommenes Mittel zur Realisierung ihres Zieles.

Daher richtete sich in der ersten Phase der Kampagne die Kritik auf die Lehr- und Publikationstätigkeit von Friedrich Herneck. Denn er war derjenige unter den Mitarbeitern des Instituts, der die Tendenz, die marxistische Philosophie als Wissenschaft aufzufassen und im Sinne eines Studium generale zu lehren, am reinsten verkörperte und am profiliertesten betrieb. Mit zahlreichen Publikationen hatte er sich an naturwissenschaftlich-philosophischen Debatten beteiligt und für einen undogmatischen

²⁷ Vgl. H. Crüger, *Verschwiegene Zeiten*, 198.

²⁸ Vgl. G. Gericke, "Klarheit durch Auseinandersetzung. Vom erfolgreichen Kampf gegen unmarxistische Anschauungen an der Humboldt-Universität", *Neues Deutschland* (27.2.58), 4.

Umgang mit dem Marxismus gestritten, u.a. für eine Revision der unter Marxisten grassierenden borniert-einseitigen Urteile über E. Mach und A. Comte.²⁹ Da dieser Umgang mit dem Marxismus auf einen Teil der jungen Dozenten großen Einfluss hatte, musste Herneck nach Maßgabe der Parteinstanzen entweder zum Widerruf gebracht oder aus dem Grundstudium entfernt werden.

Folgerichtig begann die Kampagne damit, dass das Staatssekretariat für Hochschulwesen die Arbeit des Grundstudiums an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, an der Herneck lehrte, zu untersuchen hatte, und – wohl wissend, worum es gebeten war – das Urteil: Vernachlässigung der politischen Erziehungsarbeit fällte.³⁰ Begleitet wurde die Kampagne durch öffentliche Polemik in der *Humboldt-Universität*, der Zeitschrift der Universitäts-Parteileitung, im *Neuen Deutschland* und im Referat Kurt Hagers auf der 3. Hochschulkonferenz.³¹ Da Herneck sich zum Widerruf nicht verstand, wurde er parteioffiziell unter die "Revisionisten" eingereiht, was gleichbedeutend mit seinem Ausschluss aus der Partei und seiner Entlassung aus dem Grundstudium war. Beides fand im März 1958 mit der folgenden Begründung statt:

"Als Dozent an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät hat Genosse Dr. Herneck seine Funktion als sozialistischer Erzieher sträflich vernachlässigt. Genosse Herneck verkannte völlig den weltanschaulichen Charakter des dialektischen Materialismus und sah in ihm bestenfalls ein methodisches Forschungsinstrument. Es kommt aber in der sozialistischen Erziehung gerade darauf an, den Studenten, Assistenten und Professoren die Weltanschauung der Arbeiterklasse klarzumachen. Genosse Dr. Herneck stützte sich in seiner Lehrtätigkeit nicht auf die Beschlüsse der Partei, wozu er verpflichtet war, er nahm vielmehr gegenüber den Parteibeschlüssen eine arrogante

²⁹ Friedrich Herneck (1909-1993). 1941 Promotion in Erlangen zu einem germanistisch-sprachwissenschaftlichen Thema; Soldat im 2. Weltkrieg, studiert in sowjetischer Kriegsgefangenschaft die Werke Lenins und wird Mitglied des. Nationalkomitees Freies Deutschland; tritt 1945 der KPD bei; 1949 Lehrer an der Landespartei-schule Potsdam; Herneck erhielt zwei Parteistrafen: eine für "Sozialdemokratismus", die zweite 1958 wegen "Revisionismus", der u.a. in der "Verherrlichung" von Mach, Ostwald und Einstein bestand. Nach seiner Entlassung aus dem Gewi-Grundstudium arbeitete er an einer dreibändigen Geschichte der Humboldt-Universität. - Die anstößigen Publikationen Hernecks waren u.a.: "Am entscheidenden Punkt vorbei", Sonntag (07.10.56); "Die Rolle des Positivismus in der Physik", Rundfunkvortrag (06.01.57); "Über den Zweifrontenkrieg in der marxistischen Philosophie", Rundfunkvortrag (14.07.57); "Warum gehört dem Sozialismus die Zukunft?"; *Wissenschaft und Fortschritt*, 11 (1957); ferner Publikationen über Ostwald, ebd., 3 (1957) und über Ernst Mach in *Wiss. Z. d. Humboldt-Universität*, 3 (1956/57). - Zur Kritik an Hernecks Positionen: H. Taut, "Marxistische Philosophie ist unvereinbar mit revisionistischen Auffassungen", *Neues Deutschland* (18.12.57). Hier heißt es, Herneck verkörpere "in Reinkultur die Methodologie einer flachen, eklektischen und positivistischen 'naturwissenschaftlichen Zubereitung' der marxistischen Philosophie, die Methodologie der Trennung von Wissenschaft und Politik, eines unverbindlichen Herumphilosophierens", es handle sich bei ihm um "ein Herumschleichen um einen klaren Klassenstandpunkt". - In der *Humboldt-Universität*, dem Organ ihrer Parteileitung, wurde zur selben Zeit eine ideologische Kampagne gegen Herneck geführt: H. Taut u. H. Klotz, "Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften", Beilage 4 (02.12.57); G. Gruse, "Hic Rhodus, hic salta, Genosse Herneck", 4 (10.03.58); W. Besenbruch, "Die Linie ist falsch", ebd.; und unter dem Titel: "Dr. Herneck auf der Linie unserer Feinde" erschien ebd., 5 (24.03.58), eine Stellungnahme der Leitung des Instituts für Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium zu Hernecks "Verfehlungen".

³⁰ Vgl. Bericht der Brigade des Staatssekretariats für Hochschulwesen am Institut für Gesellschaftswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin in der Zeit vom 18.11. - 23.11.1957, ZPA IV / 2 / 904 / 703 / 10.

³¹ Vgl. Kurt Hager, "Der Kampf für die sozialistische Hochschule", *Neues Deutschland* (01.03.58), 4.

Haltung ein. [...] Dies alles beweist, dass Genosse Dr. Herneck auf die Positionen des bürgerlichen Revisionismus heruntergekommen ist."³²

Und in einem resümierenden Bericht über die abgeschlossene Kampagne heißt es im Juni 1958:

"Die Revision des Marxismus-Leninismus wurde unter der Flagge des angeblichen Kampfes gegen den Dogmatismus und 'Stalinismus' von der parteifeindlichen Gruppe unter Schützenhilfe von Herneck in das Grundstudium getragen, die Formen waren im Wesentlichen folgende: Die künstliche Trennung von Wissenschaft und Politik durch objektivistische Darlegung des Marxismus-Leninismus, Überbetonung der bürgerlichen Philosophiegeschichte und der Naturwissenschaften in ihrer Bedeutung für den dialektischen Materialismus, Missachtung und Negierung der Beschlüsse der Partei in den Lehrveranstaltungen."

Das positiv "Neue" nach der Kampagne aber wird darin gesehen, dass sich die Mitarbeiter des Grundstudiums nicht länger durch Leute wie Herneck, " ... mehr durch Buchgelehrsamkeit einschüchtern lassen."³³

Durch "Buchgelehrsamkeit" sich nicht mehr "einschüchtern" lassen; das heißt im Klartext: Hier wird als Sieg verbucht, dass man dem Hochschullehrer für Marxismus den Anspruch auszutreiben suchte, seinen Gegenstand nach wissenschaftlichen Normen zu traktieren. Von diesem Kahlschlag des Wissenschaftsethos aber hat sich das Grundstudium bis zum Ende der DDR nie mehr erholt.

³² Beschluss der Universitätsparteileitung zur Abberufung Hernecks als Dozent für Philosophie an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, Humboldt-Universität, 5 (14.03.58).

³³ Zur Einschätzung der Lage im Grundstudium, 14.06.58, ZPA IV hl / 904 / 77/ 79 u. 81.